

29/87

Erklärung des Präsidiums

Die Erfolge unserer Regierung den Bürgern vermitteln

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ist am Montag (21. 9. 1987) zu einer Sitzung zusammengetreten. Es befaßte sich mit der Lage der Union. Das Präsidium weist die Angriffe auf den Parteivorsitzenden, den Generalsekretär und andere führende Mitglieder der CDU zurück. Diese Angriffe sind geeignet, die Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung im öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen und werden zunehmend von den Mitgliedern, Anhängern und Wählern der CDU wie der CSU als unerträglich empfunden.

Das Präsidium der CDU sieht in der politischen Zusammenghörigkeit von CDU und CSU auch in der Zukunft eine unverzichtbare Grundlage für eine erfolgreiche politische Arbeit.

Die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat einen eindeutigen Wählerauftrag und wird diesem mit ihrer Politik der Mitte gerecht. Wir erinnern nur an die grundlegenden Entscheidungen zur Konsolidierung des Haushalts, zur Wirtschaftsbelebung und zur Festigung der sozialen Sicherungssysteme, zur Familienförderung und zum Umweltschutz wie auch zu einem neuen Aufbruch in der Europäischen Gemeinschaft.

Allein der Monat September lieferte wieder zwei herausragende Beispiele für die Erfolge der verantwortungsbewußten Politik dieser Bundesregierung: Es ist gerade auch das Verdienst der Regierung Helmut Kohl und des Bundeskanzlers persönlich, daß

HEUTE AKTUELL

● BUNDESHAUSHALT

Helmut Kohl im Deutschen Bundestag: Zum Wohl der Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Seite 3

● UMWELTSCHUTZ

Klaus Töpfer: Zusammenarbeit im Interesse der Umwelt und der Menschen. Seite 9

● FERNMELDEWESEN

Matthias Wissmann: Mehr Marktwirtschaft bei der Post. Seite 12

● WETTBEWERB

Elmar Pieroth: Den Mittelstand stärken. Seite 13

● EINHEIT DER NATION

Erklärung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung. Seite 16

● DOKUMENTATION

Gerhard Stoltenberg:
Wir müssen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft weiter stärken.
Haushaltrede des Bundesfinanzministers. Grüner Teil

Die Bundesregierung hat mit ihrer konsequenteren Politik zum Verhandlungserfolg beigetragen

Bundeskanzler Helmut Kohl beglückwünschte die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler zu dem Verhandlungsdurchbruch, der mit der Beseitigung der letzten sachlichen Hindernisse für ein Abkommen über die weltweite Abschaffung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper in Washington erzielt wurde.

Damit werde es erstmals in der Geschichte dazu kommen, daß eine ganze Kategorie von Waffen, nämlich nukleare bodengestützte Flugkörper zwischen 500 und 5500 km Reichweite, weltweit auf dem Verhandlungswege abgeschafft wird.

Der Bundeskanzler habe die Erwartung geäußert, daß dieser Erfolg den Weg ebnet für weitere Schritte in der Abrü-

stung und Rüstungskontrolle, erklärte Staatssekretär Friedhelm Ost.

Das Verhandlungsergebnis sei ein Erfolg der konstruktiven Verhandlungsführung des amerikanischen Präsidenten, zu dem die Solidarität in der Atlantischen Allianz und nicht zuletzt die konsequente Politik der Bundesregierung wesentlich beigetragen haben.

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß vom NATO-Doppelbeschuß und der Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper bis zum heutigen Tage eine gerade Linie der Kontinuität führt, die diesen Verhandlungserfolg herbeige-führt hat.

Flugblatt zum Abrüstungserfolg von CDU und Helmut Kohl: Seite 19

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

jetzt erstmals in der Geschichte ein wirklicher Abrüstungsvertrag greifbar nahe ist. Zu einem Erfolg für die Deutschen wurden auch die Ergebnisse der Gespräche mit Generalsekretär Honecker in Bonn. Bei diesem Besuch wurden weitere Verbesserungen für die Menschen in Deutschland vereinbart, und zugleich hat er deutlich gemacht, daß das Bewußtsein für die Einheit der Nation wach ist wie eh und je. Das war möglich durch die Klarheit in Grundsatzfragen und den Willen, die Folgen der Teilung für die Deutschen erträglicher zu machen — wie es Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Tischrede vom 7. September in beispielhafter Klarheit zum Ausdruck gebracht hat.

Jeder, der in der Union Verantwortung

trägt, hat die Pflicht, diese Erfolge unserer Regierung den Bürgern zu vermitteln. Deshalb muß die schädliche öffentliche Debatte unverzüglich ein Ende haben. Es gibt keine Alternative zu dieser Koalition der Mitte, der Koalitionsvertrag gilt für vier Jahre.

Wer in der Union die Autorität des Bundeskanzlers und der Regierung fortdauernd öffentlich in Frage stellt, setzt sich dem Verdacht aus, daß er den Erfolg dieser Regierung und des Bundeskanzlers nicht will, und er setzt die Regierungsfähigkeit der Union und ihre Einheit aufs Spiel.

Das Präsidium der CDU geht davon aus, daß in allernächster Zeit die notwendigen Gespräche zwischen den Schwesterparteien stattfinden.

Helmut Kohl im Deutschen Bundestag

Zum Wohl der Menschen in beiden Teilen Deutschlands

Die Einbringung des Bundeshaushaltes im Deutschen Bundestag ist traditionell eine Gelegenheit zu einer Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dementsprechend in seiner Rede am 10. September 1987 zu allen wichtigen Bereichen seiner Politik Stellung genommen. Begonnen hat der Bundeskanzler mit einer Bilanz des Besuches von Generalsekretär Erich Honecker. Im Folgenden Auszüge aus der Rede des Bundeskanzlers zu den Themen Deutschlandpolitik, Außen-, Sicherheits- und Europapolitik und Agrarpolitik:

In dieser Woche ist Generalsekretär Erich Honecker zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. In unseren ausführlichen Gesprächen haben wir in großer Offenheit alle Probleme im Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland behandelt.

Schon heute kann ich mit Befriedigung feststellen: Die Ergebnisse dieses Besuches sind beachtlich. Ich bin zuversichtlich, daß dies in den nächsten Monaten noch deutlicher werden wird.

In einer ersten Bilanz halte ich fest:

Wir haben Fortschritte zum Wohle der Menschen beider Staaten in Deutschland erzielen können. Die Bundesregierung ist damit ein wichtiges Stück in dem Bemühen vorangekommen, die schmerzlichen Folgen der Teilung unseres Vaterlandes zu lindern.

Wir haben bedeutende Fortschritte in der

politischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in Deutschland erreicht. Beide Seiten haben viele praktische Probleme miteinander zu lösen, unbeschadet der gegensätzlichen Standpunkte in Grundsatzfragen.

Wir haben einen wichtigen Beitrag zum West-Ost-Dialog geleistet. Die Beziehungen beider Staaten in Deutschland sind eingebettet in den Gesamtzusammenhang der West-Ost-Beziehungen. Umgekehrt gilt aber auch, daß sie in der Zusammenarbeit zwischen Ost und West Impulse geben können und, wie ich denke, auch müssen.

Der Verlauf des Besuches hat gezeigt, daß das Bewußtsein für die Einheit der Nation so wach ist wie eh und je. Mehr noch: Ich bin davon überzeugt, dieser Besuch hat dazu beigetragen, dieses Bewußtsein zu schärfen, indem er eindrucksvoll deutlich machte, daß Begegnungen wie die zwischen Generalsekretär Honecker und mir etwas anderes sind als Begegnungen zwischen Vertretern verschiedener Nationen.

Es ist für alle offensichtlich geworden, daß dieser Besuch eine besondere menschliche und politische Qualität hatte, daß bei unserer Begegnung deutlich wurde, daß wir in einer fortlaufenden gemeinsamen Geschichte stehen.

Gleichzeitig hat dieser Besuch die deutschlandpolitische Linie dieser Bundesregierung bestätigt. Wir streben eine enge Zusammenarbeit und konkrete Fortschritte zum Wohle der Menschen an. Aber wir bekennen uns auch unbeirrt zu

unseren Grundsätzen und verbergen sie eben nicht hinter beschwichtigenden Formeln.

Beides ist richtig und notwendig. Nur indem wir beides miteinander verbinden, dienen wir gleichermaßen der Einheit unserer Nation wie auch den Menschen in Deutschland.

Die Grundlagen unserer Deutschlandpolitik habe ich in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 dargelegt, und in der Regierungserklärung vom 18. März dieses Jahres erneut bekräftigt. Wir stehen zum Auftrag des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Wir können und werden uns auf Dauer nicht mit der unnatürlichen Teilung unseres Vaterlandes, nicht mit Mauer und nicht mit befestigter Grenze abfinden.

Im Grundlagenvertrag, der vor fast fünfzehn Jahren geschlossen wurde, ist der Wille bekräftigt worden, zum Wohle der Menschen in beiden Staaten in Deutschland zu einem Verhältnis guter Nachbarschaft zu kommen. Der Vertrag zusammen mit dem Brief zur deutschen Einheit macht aber auch deutlich, welche Fragen unter den bestehenden Bedingungen nicht gelöst werden können. Dies gilt insbesondere für die noch offene deutsche Frage. Wir halten fest an der Einheit der Nation und an einer deutschen Staatsangehörigkeit. Die DDR ist für uns nicht Ausland.

Der Besuch von Generalsekretär Honecker erfolgt im Rahmen und auf der Basis des Grundlagenvertrages. Das heißt, weder besiegt er die Teilung noch öffnet er neue Wege zur Lösung der nationalen Frage.

Unser deutschlandpolitischer Kurs verbindet Grundsatztreue mit Realismus und Augenmaß. In diesen Tagen ist deutlich geworden, daß wir mit diesem Kurs richtig liegen.

Besonders erfreulich sind die Fortschritte, die es in den letzten Jahren bei der Erweiterung und Verbesserung der Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen aus beiden Staaten in Deutschland gegeben hat.

Ungehinderte Kontakte, offene Grenzen dienen den Menschen, dienen einem friedlichen Miteinander, und sie fördern das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen.

Es bleibt für uns unerträglich, daß an der Grenze mitten durch Deutschland und Berlin noch immer auf Menschen geschossen wird. Wir haben auch dies deutlich angesprochen. Nach dem Abbau von Minen und Selbstschußanlagen ist die Aufhebung des Schießbefehls überfällig.

Verständlicherweise nahmen in unseren Gesprächen die Frage der Menschenrechte und humanitäre Fragen einen breiten Raum ein. Wir haben ganz offen über alle Themen gesprochen, die sich auch aus der KSZE-Schlußakte ergeben. Die Bundesregierung wird sich auch weiter und, wenn es notwendig ist, auf diskrete Weise um die Lösung von Härtefällen bemühen. Für uns steht dabei immer das Einzelschicksal im Vordergrund.

Für die Bundesregierung ist es unverzichtbar, daß Berlin in die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland in vollem Umfang einzbezogen wird.

Deutschlandpolitik ist immer — so wurde sie auch von allen Bundesregierungen verstanden — Verpflichtung für Berlin. Das freie Berlin bleibt auf die Solidarität der Schutzmächte und des ganzen Atlantischen Bündnisses angewiesen.

Es gehört mit der Bundesrepublik Deutschland unwiderruflich zur westlichen Welt. Für uns gibt es keine Deutschlandpolitik an Berlin vorbei. Die Einbeziehung Berlins in die Zusammenarbeit

wird auch und gerade in Zukunft die Qualität unserer bilateralen Beziehungen wesentlich bestimmen. Berlin war daher auch ein zentrales Thema unserer Gespräche. Berlin darf insbesondere im Bereich der Reise- und Besucherregelungen nicht zurückstehen. Die von der DDR mitgeteilten Erleichterungen begrüßen wir, aber leider fehlt immer noch die Zweitageregelung auch für die Berliner. Die Bundesregierung sieht weiterhin eine überragende Aufgabe darin, die Lebensfähigkeit Berlins zu stärken, seine geistige, kulturelle und vor allem auch wirtschaftliche Anziehungskraft zu fördern und die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund, wie es im Viermächte-Abkommen festgelegt ist, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Im Interesse Berlins und der Verkehrsanbindung an das Bundesgebiet werden Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, die Eisenbahnverbindungen zu verbessern.

Generalsekretär Honecker und ich haben schließlich vereinbart, daß sich die Kontakte der führenden Politiker aus beiden Staaten verstetigen. Wir werden unsere Gespräche, die wir jetzt geführt haben, zu

gegebener Zeit fortsetzen. Wir wollen und müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu einer Verbesserung der Lage in Deutschland und damit der Menschen in unserem geteilten Land zu kommen. Es geht um mehr Menschlichkeit im geteilten Deutschland. Das ist immer auch ein Dienst am Frieden.

Dabei ist für uns selbstverständliche Basis unserer Deutschlandpolitik die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein „Wanderer zwischen den Welten“. Wir wissen, die Deutschen können nur zueinander finden, wenn die Gegensätze zwischen Ost und West zu einer stabilen europäischen Friedensordnung aufgehoben werden. Eine solche Friedensordnung erfordert ihrerseits die Überwindung der deutschen Teilung.

Deshalb bleibt die deutsche Frage ein Thema der internationalen Politik. Aus der bitteren Erfahrung der Geschichte unseres Volkes müssen wir uns aber vor Ungeduld und unrealistischen Erwartungen hüten.

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

Eine Friedensordnung gestalten, die die Spaltung Europas überwindet

Wir haben bei unseren Bemühungen, die Beziehungen zu allen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas auf breiter Grundlage zu entwickeln, im laufenden Jahr deutliche Fortschritte erzielt.

Wir haben intensiv an der Verbreiterung der vertraglichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn gearbeitet. Im Mittelpunkt standen dabei Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit sowie über den Umweltschutz.

Weitere Abkommen sind ausgehandelt oder in Vorbereitung.

Gleichzeitig suchen wir nach neuen Wegen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, nicht zuletzt bei der Zusammenarbeit von Unternehmen.

Seit einigen Monaten haben wir eine erfreuliche Zunahme von Ausreisegenehmigungen zum Zwecke der Familienzusammenführung aus osteuropäischen Staaten. Dies gilt insbesondere für die Sowjetunion.

Ich will nur zwei Zahlen miteinander vergleichen. Waren es im Jahre 1986, also im letzten Jahr, noch 753 Personen, die aus der Sowjetunion aussiedeln konnten, so sind es in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August dieses Jahres rund 7000 Personen gewesen. Das ist eine beachtliche Veränderung, für die wir dankbar sind.

Ich habe allen Grund zu der Annahme, daß die Aufwärtsentwicklung in den West-Ost-Beziehungen insgesamt sowie in den bilateralen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts anhalten wird.

Die Chancen für einen friedlichen und langfristig stabilen Interessenausgleich zwischen West und Ost stehen gut.

Im Bereich der Rüstungskontrolle stehen wir vor Entwicklungen, die weitreichende Auswirkungen auf das West-Ost-Verhältnis haben werden.

Ich bin zuversichtlich, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Von dem Abschluß eines INF-Abkommens erwarten wir Impulse auch für alle anderen Verhandlungsbereiche, die für unsere Sicherheit genauso wichtig sind.

Die Bundesregierung hat auf dem gesamten Feld der Abrüstung und Rüstungskontrolle von Anfang an eine aktive Rolle übernommen. Durch unsere feste Haltung vor allem bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses haben wir einen entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Genfer Verhandlungen und an den dort erreichten Fortschritten.

Ich habe erst vor wenigen Tagen hier vor dem Plenum zu diesen Fragen Stellung genommen, insbesondere auch zu dem Thema Pershing Ia. Ich habe meinen damaligen Ausführungen heute nichts hinzuzufügen.

Ich betone nur noch einmal: Mit der weltweiten Beseitigung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenwaffen allein ist es natürlich nicht getan. Weitere Abrüstungsschritte müssen folgen. Garant unserer Sicherheit und unserer Freiheit bleibt das Atlantische Bündnis, das durch Vertrauen und engste Zusammenarbeit gewachsen ist und das die Lebensgrundlage der Solidargemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika bildet.

Die Amerikaner erwarten allerdings zu Recht, daß wir, die Europäer, im Bündnis nicht nur unsere Interessen vertreten, sondern daß wir auch Verantwortung übernehmen und die mit der Wahrung unserer Sicherheit verbundenen Lasten voll mittragen.

Wer also von europäischer Verantwortungsbereitschaft in der Sicherheitspolitik spricht, der muß den Worten auch Taten folgen lassen. **Europa kann sich nur dann weltweit Gehör verschaffen, wenn es zunehmend mit einer Stimme spricht.** Für mich ist daher die Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft.

Diesem Ziel dienen auch unsere Bemühungen, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich, bei der wir seit 1982 ja beachtliche Fortschritte erreicht haben, substantiell fortzuentwickeln. Diese Frage wird bei meinem bevorstehenden Zusammentreffen mit Staatspräsident Mitterrand und bei den 50. deutsch-französischen Konsultationen in diesem Herbst eine sehr wichtige Rolle spielen.

Bei allen sicherheitspolitischen Initiativen sind wir uns bewußt, daß ein sicherer Friede — das ist immer auch ein gerechter Friede — nie allein das Werk von Rüstungskontrolle und Abrüstung sein wird. Wir alle sind aufgerufen, an einer

großen Aufgabe mitzuwirken, nämlich eine Friedensordnung zu gestalten, die die Spaltung Europas überwindet, die Völker und Staaten in Freiheit zusammenführt und Grenzen öffnet.

Die Achtung der **Menschenrechte**, der Schutz der Menschenwürde und die Herrschaft des Rechts gehören zu den entscheidenden Voraussetzungen einer friedlichen internationalen Ordnung. Wo immer wir hier in diesem Haus parteipolitisch stehen mögen: Für uns Deutsche ist die Achtung der Menschenrechte eine der entscheidenden Lehren aus diesem schlimmen Jahrhundert.

Deutsche Außenpolitik kann und darf nicht wertneutral sein. Auch darauf sollten wir uns doch verständigen können.

EG-Politik

Die Gemeinschaft voranbringen

Dies ist auch eine der Grundlagen unserer Europapolitik. Sie ist ja Ausdruck dieser Wertentscheidung. Wir wollen die Gemeinschaft der EG im Innern stärken. Leitfaden hierbei ist die Einheitliche Europäische Akte, und dies ist für die Bundesregierung jetzt ganz besonders wichtig, weil wir ja turnusmäßig ab 1. Januar des kommenden Jahres eine besondere Verantwortung übernehmen werden.

Wir werden die Arbeit an der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes energisch vorantreiben, und wir wollen alles daran setzen, daß dieses Ziel bis 1992 auch tatsächlich erreicht wird.

Natürlich weiß ich, daß in vielen Bereichen unserer Gesellschaft — das gilt nicht nur für die Landwirtschaft — manche Ängste umgehen, ob dieses Experiment nicht zuviel Opfer im eigenen Land

kosten werde. Ich kann nur sagen: Dies ist die große Chance für uns alle in Europa und die größte Chance für die Deutschen. Es gibt keine verantwortbare Alternative zu einer vernünftigen Integration Europas.

Das heißt, wir werden auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Technologie intensivieren, um gemeinsam mit unseren Nachbarn unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten.

Schließlich muß sich Europa mehr als bisher zu einer Umweltgemeinschaft entwickeln. Tschernobyl und die Unglücksfälle am Rhein haben drastisch vor Augen geführt, daß nationale Maßnahmen allein nicht ausreichen.

Wir wollen unsere Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 aktiv nutzen, um die Gemeinschaft voranzubringen. Dies gilt insbesondere auch für die Verwirklichung der Reformansätze, die im sogenannten „Delors-Paket“ enthalten sind. Es geht hier unter anderem darum, die Gemeinschaftsfinanzen auf eine solide und gerechtere Grundlage zu stellen und die Fehlentwicklungen der siebziger Jahre im Bereich der europäischen Agrarpolitik zu überwinden.

Agrarpolitik

Die Bauern brauchen eine Zukunftshoffnung

Die Bauern brauchen eine Zukunftshoffnung, die realistisch ist, eine Zukunftsperspektive und die Gewißheit, daß die Solidargemeinschaft des Landes sie nicht im Stich läßt. Die meisten Bauern wissen sehr genau, daß sie eine Durststrecke vor

sich haben, und deswegen bekenne ich mich auch nachdrücklich dazu — Theo Waigel und andere haben das gesagt —, daß wir mit den Bauern offen und ehrlich über ihre Situation reden. Aber zu diesem offenen und ehrlichen Reden gehört auch, daß man nicht eine Verelendungstheorie auftischt, sondern sagt: Wenn wir es gemeinsam anpacken, haben wir eine gute Chance.

Wir haben die Pflicht, nicht zu resignieren, obwohl wir wissen, daß gerade die Preisentwicklung auf den europäischen Agrarmärkten völlig unbefriedigend ist. Sie reicht nicht aus, um unseren Betrieben ein akzeptables Einkommen zu sichern. Sie kennen die Gründe; sie liegen in der Überschußproduktion bis in die frühen achtziger Jahre.

Genau hier haben wir angesetzt. Wir haben uns gegen die Kommission zur Wehr gesetzt, die über Preissenkungen die Märkte in Ordnung bringen wollte.

Wir haben bei Milch eine Regelung gefunden, die die Preise und damit auch weitgehend die Einkommen der Milchbauern sichert. Die ersten Erfolge auf den Märkten sind erkennbar.

Bei Getreide sind erste Extensivierungsmaßnahmen beschlossen worden. Wir haben nicht nur darüber geredet, sondern in Niedersachsen wird ein Großversuch mit Flächenstilllegungen durchgeführt. Die Bauern erhalten dafür einen vollen Einkommensausgleich.

In Brüssel wird zur Zeit über EG-weite Flächen- und Betriebsstilllegungen beraten. Wir müssen — dies weiß jeder — zu einer EG-weiten Mengenreduzierung kommen, damit der Preisdruck nachläßt und die Betriebe wenigstens wieder in die Nähe vernünftiger Preise kommen können.

Ich glaube, wir haben für die EG-Agrarpolitik den richtigen Weg gezeigt.

Wir haben in der nationalen Agrarpolitik alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Einkommen ausgeschöpft. Statt die Ausgaben in der Agrar-Sozialpolitik zu kürzen — wie Sie es ja in Ihrer Regierungszeit getan haben —, haben wir diese Ausgaben kräftig — immerhin um 35 Prozent — erhöht.

Wir haben gegen Ihre Stimmen und gegen den massiven Widerstand in Brüssel auch eine 5prozentige Vorsteuerpauschale für die deutsche Landwirtschaft erreicht.

Wir haben ein Währungsausgleichssystem durchgesetzt, das trotz aller Schwierigkeiten, die darin enthalten sind, alles in allem eine Berücksichtigung der deutschen Landwirtschaft auf Dauer bei den Brüsseler Preisfestsetzungen ermöglicht. Auch dies ist gegen massiven Widerstand in der Kommission durchgesetzt worden.

Wir haben die Förderung der Bauern in benachteiligten Gebieten unter anderem durch Erhöhung der Einkommensbeihilfen weiter ausgebaut. Wir werden in diesem Jahr im Rahmen des Möglichen angesichts der Witterungsentwicklung mit steuerlichen Erleichterungen da helfen, wo Ernteverluste Hilfen notwendig machen.

Diese Hilfen kommen an. Es sind gezielte Hilfen. Diese Art Agrarpolitik ist Ausdruck unserer Solidarität mit einer Berufsgruppe, die unter der weltweiten Agrarkrise leidet und unsere Hilfe braucht.

Wenn ich dies sage, heißt das überhaupt nicht, daß wir Strukturen konservieren wollen. Wir wollen durch soziale Flankierung den sich vollziehenden notwendigen Strukturwandel unterstützen. Ziel dieser Politik bleibt, eine leistungsfähige, bäuerlich strukturierte deutsche Landwirtschaft mit dem Leitbild des Familienbetriebes zu sichern.

Klaus Töpfer

Zusammenarbeit im Interesse der Umwelt und der Menschen

Am 8. September 1987 wurden in Bonn zwischen der Bundesregierung und der DDR ein Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und eine Umweltvereinbarung von Bundesumweltminister Klaus Töpfer und von Staatssekretär Prof. Dr. Sitzlack, Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR und von dem Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Dr. Hans Reichelt, unterzeichnet.

Strahlenschutzabkommen

Das Abkommen enthält die notwendigen Absprachen zur Umsetzung des bereits am 26. September 1986 als Folge des Tschernobylunfalls getroffenen Übereinkommens der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) über frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen. Darüber hinaus ist auch die gegenseitige Unterrichtung über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität, die nicht auf einen nuklearen Unfall oder einen sonstigen Vorfall auf dem eigenen Gebiet zurückzuführen sind, vorgesehen.

Für die angestrebte kontinuierliche Zusammenarbeit besitzt vor allem Artikel 3 des Abkommens große Bedeutung. Mit ihm sind alle Voraussetzungen für einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch über die wesentlichen Fragen auf dem Gebiet der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes gegeben. Dazu gehören insbesondere gegenseitige Informationen

- über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, einschließlich der jeweiligen Rechtsgrundlagen,
- über Methoden und Ergebnisse der Strahlenschutzüberwachung der Bevölkerung, der Umwelt, und der im Strahlenschutzbereich tätigen Personen,
- über kerntechnische Einrichtungen einschließlich solcher für die Endlagerung radioaktiver Abfälle (z.B. über die Atommülldeponie DDR in Bartensleben).

Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Abschluß dieses Abkommens, das die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem wichtigen Feld der friedlichen Nutzung der Kernenergie eröffnet, begrüßt und dabei betont, daß gerade auch im Hinblick auf die weiteren Erkenntnisse aus dem Tschernobylunfall das Abkommen einen Beitrag zu einer guten nachbarlichen Zusammenarbeit darstellt.

Umweltvereinbarung

Die Umweltvereinbarung, die am 8. September 1987 in Kraft trat, ist die Grundlage für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in allen wesentlichen Bereichen des Umweltschutzes. Ein Kernstück der Zusammenarbeit wird die gemeinsame Erörterung von Maßnahmen und möglichen Regelungen zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt sein.

Im Vordergrund der Zusammenarbeit steht der Bereich der Luftreinhaltung,

aber auch der Gewässerschutz, die Abfallbeseitigung und die Problematik der Waldschäden. Im Rahmen des vorgesehenen Erfahrungs- und Informationsaustausches zwischen Experten über Umweltbelastungen und Umwelttechnologien kommt es im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes insbesondere darauf an, umweltentlastende Maßnahmen mit Nachdruck umzusetzen und hierzu die in der Bundesrepublik Deutschland entwickelten modernen Umwelttechnologien zur Minderung der Umweltbelastungen in der DDR anwendbar zu machen. Wir werden vor allem auf Maßnahmen an der Quelle, insbesondere in solchen Gebieten in der DDR hinwirken, aus denen Belastungen zu uns herüberkommen. Im Interesse der Menschen und der nachfolgenden Generationen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Umweltbelastungen möglichst weitgehend zu vermeiden.

Unsere natürlichen Ressourcen sind nicht unbegrenzt. Nur durch sparsamen und rationellen Umgang mit ihnen wird es möglich sein, sie für uns und unsere Kinder zu erhalten.

Zusammenarbeit im Sinne einer Arbeitsteilung tut not. Es ist wichtig, die jeweiligen Erfahrungen auszutauschen um gemeinsam konzeptionelle Überlegungen für Maßnahmen und Regelungen zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt zu entwickeln.

Die besondere gemeinsame Verantwortung kommt nicht zuletzt in der Tatsache zum Ausdruck, daß diese Vereinbarung als erste Grundlage für die Zusammenarbeit mit östlichen Nachbarn in Kraft tritt. Die Bundesregierung wird auch mit anderen östlichen Nachbarn entsprechende Umweltverträge abschließen. Die Verhandlungen mit der UdSSR und ČSSR sind inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Die Bundesregierung hofft, noch in

diesem Jahr auch in die konkrete Zusammenarbeit mit diesen Staaten eintreten zu können. Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den Vorsitzenden des Staatskomitees der UdSSR für Hydrometeorologie und Beobachtungen der natürlichen Umwelt, Prof. Dr. Izrael, und den Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für wissenschaftlich-technische Entwicklung und Investitionen und Stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR, Dr. Obzina, zur Unterzeichnung der Verträge nach Bonn eingeladen. ■

Mehr Kat-Umrüstungen für Altfahrzeuge gefordert

Angesichts der neuen Zahlen über die Umrüstung von Altfahrzeugen mit umweltfreundlichen Techniken forderte Bundesumweltminister Klaus Töpfer weitere Anstrengungen von den Besitzern nicht-schadstofffarmer Pkw. Mehr Besitzer von Altfahrzeugen sollten ihre Autos umrüsten lassen. Er wies insbesondere darauf hin, daß sich die steuerlichen Vorteile für die Umrüstung ab 1. Januar 1988 vermindern werden, so daß es sich empfiehlt, noch in diesem Jahr auf umweltverträgliches Autofahren umzusteigen.

Nach Schätzungen des Kraftfahrtbundesamtes sind nach dem 1. Juli 1985 insgesamt 607 000 Pkw durch technische Maßnahmen umgerüstet worden. Durch die Steuervorteile, die den schadstoffarmen Altfahrzeugen eingeräumt werden, entstehen für den Bundeshaushalt derzeit Steuerausfälle in Höhe von ca. 375 Millionen DM pro Jahr.

Neuere Angaben der Technischen Überwachungsvereine schätzen die Zahl der zur Umrüstung geeigneten Altfahrzeuge auf ca. 4,3 Millionen. Bundesumweltminister Klaus Töpfer forderte daher alle Autofahrer auf, sich bei ihren Werkstätten über die Möglichkeiten zur Umrüstung ihres Wagens beraten zu lassen.

Die Wolken am Konjunkturhimmel verziehen sich

Bundesverband deutscher Banken und Deutsche Bundesbank äußern sich zur wirtschaftlichen Großwetterlage

„Der Auftragseingang hat sich auf dem im zweiten Quartal deutlich erhöhten Niveau gefestigt, wozu vor allem auch die Erholung der Auslandsnachfrage beigetragen hat... Die Erholung des deutschen Exports wurde vor allem durch die Stabilisierung der Wechselkurse nach der Louvre-Übereinkunft im Februar dieses Jahres ermöglicht.“ So beurteilt der Bundesverband deutscher Banken in seinem neuesten Konjunkturbericht vom 14. September 1987 die derzeitige Großwetterlage am deutschen Konjunkturhimmel.

Trotz Urlaubszeit und Sommerloch haben insbesondere die Konsumausgaben zu den guten Ergebnissen beigetragen. Der private Verbrauch blieb somit die Hauptstütze der Konjunktur. Dies hat sich vor allem auf die Geschäftsentwicklung im Einzelhandel und in den konsumnahen Bereichen des Handwerks und der Dienstleistungen ausgewirkt.

Daneben ist auch der Export wieder gestiegen. Die außenwirtschaftlichen Belastungen, die das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik bis zum Jahresbeginn stark gedämpft hatten, haben nachgelassen.

Die Entwicklung der Preise verläuft nach Aussicht des Bundesverbandes weiterhin in ruhigen Bahnen, so daß auch in absehbarer Zeit keine Inflationsgefahren auftreten.

Weil auch die Löhne als wichtigster Kostenfaktor durch die längerfristigen

Vereinbarungen in wichtigen Industriebereichen von diesem Frühjahr „Orientierungsplänen für eine insgesamt gemäßigte Entwicklung“ vorgeben, ist eine preistreibende Übersteigerung der Nachfrage nicht in Sicht.

Auch die Deutsche Bundesbank stellt in ihrem neuesten Monatsbericht von September 1987 fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit einigen Monaten wieder aufwärts gerichtet ist.

Die für die Zeit seit der Jahresmitte vorliegenden Konjunkturindikatoren sprechen weit überwiegend dafür, daß sich die positive Grundtendenz der Wirtschaftsentwicklung fortsetzt. Denn auch die Stimmung in der Wirtschaft hat sich zusehends gebessert.

Treibende Kraft des Wirtschaftswachstums ist auch nach Ansicht der Experten von der Bundesbank nach wie vor die Inlandsnachfrage, insbesondere der private Verbrauch. Der Hauptgrund hierfür ist der erhebliche Anstieg der privaten Nettoeinkommen, was angesichts annähernd stabiler Preise für die Verbraucher zugleich einen beträchtlichen Kaufkraftzuwachs bedeutet.

Als Folge davon hat sich in den letzten Monaten die Verbrauchskonjunktur auf voller Breite entfaltet. Auch für die kommende Zeit rechnet der Einzelhandel mit einer weiterhin lebhaften Nachfrage der Verbraucher, dies zeigen die Ergebnisse der jüngsten Konsumgütermessen.

Auch die Nachfrage des Auslands nach deutschen Industriegerzeugnissen hat sich

Mehr Marktwirtschaft bei der Post

Der Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen wird von der CDU ausdrücklich begrüßt. Auf der Grundlage der Empfehlungen und entsprechend der Koalitionsvereinbarungen muß die Bundesregierung jetzt schnellstmöglich ein zukunftsorientiertes Konzept für eine umfassende Reform vorlegen, erklärte Matthias Wissmann, MdB.

Dabei kommt es insbesondere darauf an, daß auch in einem Bereich mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten zunehmend marktwirtschaftliche Lösungen Platz greifen.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

in den vergangenen Monaten wieder erhöht und damit einen guten Teil des Rückgangs im Vorjahr kompensiert. Eine maßgebliche Rolle spielt bei diesem Wandel die inzwischen eingetretene Stabilisierung der Wechselkurse, insbesondere das Ende des Verfalls des Dollarkurses, wozu das „Louvre-Abkommen“ im Februar 1987 wesentlich beigetragen hat. Mit dem Produktionswachstum ging auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Zunahme der Beschäftigung einher, die allerdings nicht kräftig genug war, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit ganz zu unterbinden. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Juli mit 25,96 Millionen den höchsten Stand seit fast sechs Jahren erreicht.

Gleichzeitig ließen jedoch der demographisch bedingte Zustrom von Erwerbspersonen auf den Arbeitsmarkt, die weiterhin zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen und weitere Zuwanderungen aus dem Ausland das Arbeitskräfteangebot stärker steigen, als gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskräften zugenommen hat.

Mehr Wettbewerb ist künftig vor allem im Bereich der Dienste und bei den Endgeräten notwendig.

Die Post der Zukunft muß vor allem marktorientierter und kundenfreundlicher werden. Dieses Ziel ist nur durch die von der Kommission empfohlene Neuorganisation und größere Flexibilität zu erreichen.

Wer wie die Deutsche Postgewerkschaft jedwede Reform ablehnt, legt die Axt an die Wurzel des Unternehmens, gefährdet Arbeitsplätze bei der Post und fügt unserer gesamten Volkswirtschaft großen Schaden zu.

Die Hätz ist eröffnet, meint **Walter Brückmann**, Chefredakteur des „Deutschen Monatsblatts“. Die Postgewerkschaft, in traum Verein mit der SPD, bläst zum Sturm (wieder einmal) auf Postminister Christian Schwarz-Schilling im besonderen und auf die Bundesregierung im allgemeinen. Mit dabei — die ARD. Der Anlaß: Die Vorlage des Berichts und die Empfehlungen der Regierungskommission, die eine Liberalisierung und Teilprivatisierung der Bundespost vorschlägt.

Realisiert ist noch gar nichts. Bisher gibt es nur den Bericht der Kommission, der jetzt in die Beratungen von Fraktionen und Koalitionspartnern gehen wird, um daraus eine Regierungsvorlage zu erarbeiten. Doch das interessiert SPD und Gewerkschaften und Fernsehen natürlich überhaupt nicht. Sie sehen nur, daß endlich einmal Fragen nach dem Staatsmonopolisten Bundespost gestellt werden — so wie vor etlichen Jahren erfolgreich Fragen nach dem Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten gestellt wurden — und schon sind sie auf allen Telegrafenmasten.

Den Mittelstand stärken

Vor rund 500 Mittelständlern stellte Senator Elmar Pieroth MdA, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), auf der Kreis- und Stadtverbandsvorsitzendenkonferenz am 17./18. September 1987 die Schwerpunkte der Mittelstandspolitik heraus:

Wir müssen die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft erneuern. Unser Brutto-sozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland wächst innerhalb der OECD-Länder seit zehn Jahren unterproportional — unterdurchschnittlich. Wir haben die Wende. Aber im Subventionsabbau, bei der notwendigen Privatisierung, da sehen wir die Wende noch nicht oder zu wenig.

Wenn wir erkennen, was beschäftigungs-politisch notwendig ist und wenn wir wissen, daß beschäftigungspolitisch nur richtig sein kann, was auch ökonomisch richtig ist, müssen wir das auch zum Ausdruck bringen und dürfen es nicht verschweigen, sonst werden wir eines Tages nicht mehr verstanden.

Unser wichtigstes Problem ist, daß wir zweimal Lohn zahlen, für geleistete Arbeit und für nicht geleistete Arbeit. Es sind die Lohnnebenkosten, die die Arbeitskosten in den letzten Jahren besonders angetrieben haben und nicht in erster Linie die Lohnerhöhungen, obwohl auch hier noch einiges besser werden kann. Wie schnell haben doch die Jünger der 35-Stunden-Woche, die vor einem halben Jahr noch sagten, damit wird Arbeitslosigkeit abgebaut, ihr Thema gewechselt. Jetzt sehen sie, was sie angerichtet haben, und schon verlangen sie neue Ausgabenprogramme zu Lasten des Fiskus. Nicht die geringere Arbeitszeit, sondern die geringeren Arbeitskosten ent-

scheiden über die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland.

Wir brauchen, wenn wir mehr Arbeitsplätze haben wollen, die Mehrarbeit der Menschen, die schon heute mehr arbeiten als andere. Die Mehrarbeit der Vorarbeiter, der Meister, der Selbständigen, der Unternehmer, der Wissenschaftler, der Ingenieure, der Ausbilder, all der Menschen, die heute schon mehr arbeiten als andere. Sie müssen noch mehr arbeiten, wenn andere in Arbeit kommen sollen. Für die, die mehr arbeiten, muß sich das Arbeiten auch lohnen, und zwar Netto und nicht nur Brutto. Damit bin ich bei der Steuerreform.

Gerhard Stoltenberg verdient unsere rückhaltlose Unterstützung. Die Steuerreform muß jetzt umgesetzt, sie muß jetzt finanziert werden. Sie muß finanziert werden durch Subventionsabbau, eine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung dieser Steuerreform kommt nicht in Frage.

In der nächsten Stufe geht es dann an die Beseitigung der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer war 1810 ein großer Wurf. 177 Jahre nach Hardenberg gibt es eine Reihe ernstzunehmender Vorschläge, wie die Gemeinden ihre Finanzhoheit behalten können und die Gewerbesteuer trotzdem abgebaut wird. Das sollte unsere Aufgabe für spätestens Anfang der 90er Jahre sein.

Jetzt kommt es darauf an, die Subventionen abzubauen. Sie verfälschen den Wettbewerb, sie demotivieren.

Was ist denn der Unterschied zwischen einem technischen Zeichner bei der Ruhrkohle, einem Arbeiter bei der Max-Hütte oder einem Angestellten eines rheinischen Kleinbauunternehmers? Was ist der Unterschied z.B., wenn es um Sozialpläne geht? Hier tut sich ein neues Zwei-

Klassen-Recht auf. In den großen Betrieben gibt es große Abfindungen, hohe Sozialpläne — und die noch sicher, weil vom Steuerzahler mitfinanziert — in den kleineren Betrieben kleine Abfindungen, wenn überhaupt, wenn die Leistungsfähigkeit da ist. Ich bin nicht gegen Sozialpläne. Aber die Verfassung gebietet, gleichartige Sachverhalte auch gleich zu behandeln, und deshalb darf es keinen neuen Subventionstatbestand Sicherung von Sozialplänen für Großunternehmen geben.

Ich komme zur Arbeitsmarktpolitik. Heinz Franke hat bei der Vorlage der letzten Arbeitslosenzahlen erklärt, wir hätten zwei Millionen Arbeitslose, weil zwei Millionen Arbeitsplätze fehlen. In dieser Verkürzung ist dieser Satz falsch. Wenn wir heute zusätzliche zwei Millionen Arbeitsplätze hätten, dann hätten wir noch nicht eine Million Arbeitslose, die in diese Arbeitsplätze eintreten könnten. Viele haben nie einen Beruf gelernt. Ihre Arbeit ist auch wegen der Lohnpolitik durch Maschinen ersetzt worden. Andere sind durch unsere Bildungspolitik in akademische Berufe fehlgeleitet worden. Für diese Menschen wird durch einen konjunkturellen Aufschwung ein Arbeitsplatz nicht geschaffen werden können. Wer so sagt, es fehlen zwei Millionen Arbeitsplätze, erweckt dadurch den Eindruck, die Wirtschaftspolitik oder die Unternehmer brauchten ja nur zu handeln, die Arbeitsplätze zu schaffen und wir hätten die Arbeitslosigkeit beseitigt. Der nächste Schritt, daß der Staat dann Geld ausgeben muß für solche Programme, der ist dann vorprogrammiert.

Mehr Arbeitsplätze sind eine nötige, aber keineswegs ausreichende Bedingung für weniger Arbeitslosigkeit. Wir müssen die Arbeitslosen dafür gewinnen, sich einer zusätzlichen Anstrengung zu unterziehen, neue Berufe zu lernen, überhaupt einen

Beruf zu lernen. Das geht nicht mit Ausgabenprogrammen der öffentlichen Hand. Die öffentliche Hand sollte vielmehr alles tun, um Qualifizierungsmaßnahmen in den Betrieben zu ermöglichen. Außerhalb der Betriebe wird weniger dazugelernt. Deshalb ist es ja eine großartige Leistung, daß wir in der Erstausbildung jetzt praktisch alles aufgeholt haben. Es kriegt jeder inzwischen seine Lehrstelle, wenn auch nicht jeder in seinem Traumberuf.

Arbeitslosigkeit ist kein unabänderliches Schicksal. Arbeitslosigkeit kann von den Tarifpartnern beseitigt werden. Auf keinen Fall durch eine künstliche Verknappung der Arbeit.

Von 1977 bis 1985, also in einem kompletten Konjunkturzyklus mit Rezession und Aufschwung hat die Zahl der Arbeitsplätze in den Betrieben bis zu 20 Beschäftigten um 580 000 zugenommen. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Arbeitsplätze in Betrieben mit über 500 Beschäftigten um 220 000 zurück. Der Mittelstand gleicht also aus, was bei den Großen verlorengesetzt und legt noch zu. Das müssen wir doch draußen verständlich machen können. Dann wird Mittelstandspolitik zu einer gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Dann werden die Menschen unsere Sorgen auch zu ihren Sorgen machen. Dann werden sie uns als soziale Aufgabe verstehen und uns nicht mit Sozialneid gegenüberstehen. Dann wird man auch verstehen, daß, wie es jetzt die Bundesgeschäftsstelle errechnet hat, 59 000 DM netto zu verdienen beim Beamten ein Bruttoeinkommen von 77 000 DM erfordert, beim Angestellten von 90 000 DM, beim selbständigen Gewerbetreibenden von 118 000 DM. Daß man da nicht Ungleiches mit Ungleichem vergleichen kann. Dann wird man auch verstehen, daß wir bei den Vorsorgeaufwendungen

ein weiteres Etappenziel erreicht, aber keinesfalls den Ausgleich geschafft haben.

Wir brauchen eine breite Bewegung für mehr Selbständigkeit, für mehr Selbstverantwortlichkeit als neue Sozialnorm in unserer Gesellschaft. Es muß an den Schulen beginnen können.

Das geht auch die öffentliche Meinung an. Wer sich zu allererst auf seine eigene

Zitat

Ein Richtungsstreit zwischen „Links“ und „Rechts“ ist in der Tat überflüssig, denn es geht nicht um die parlamentarische Sitzgeographie des letzten Jahrhunderts, sondern um die Mehrheitsfähigkeit und die Zukunftsorientierung einer modernen Volkspartei.

(Heiner Geißler in einem Interview mit der „Zeit“ vom 18.9.1987)

Leistungsfähigkeit besinnt, wer eher für sich, seine Familie, sein Unternehmen vorsorgt als sich vom Staat versorgen zu lassen, die eigene mutige Lebensentscheidung dem absichernden Behördenbescheid vorzieht, wer lieber Auftraggeber ist als Antragsteller, der wird gebraucht, der kämpft um jeden Arbeitsplatz, der ist zugleich der beste Garant für eine freiheitlich demokratische Grundordnung. Von diesen brauchen wir mehr und trotz aller Verschiedenheit von den freien Berufen zum Handwerker, vom Unternehmer zum leitenden Angestellten, hier müssen wir uns verständigen können und in einer Sprache reden und in einer einfachen Sprache.

Von Egon Lampersbach hatte ich gelernt, daß ein in Hamburg erscheinendes Nachrichtenmagazin, dessen Namen ich nie ausspreche, für das ich auch nie montags Geld ausgebe, ausgerechnet hätte, der Intellektuelle besäße einen Wortschatz

von 2000 Worten. Konrad Adenauer käme nur auf 800 Worte und deshalb wäre er kein Intellektueller. Ich wünsche mir mehr Politiker, die mit 800 Worten auskommen, damit wir auch wieder besser verstanden werden.

Unsere wirtschaftliche Bedeutung in einem Satz: Nur mehr Selbständige schaffen mehr Arbeitsplätze und nur da, wo es freie Unternehmer, wo es Selbständige gibt, da gibt es auch freie Arbeitnehmer. Das müssen wir doch rüberbringen können. Das muß doch möglich sein.

Gehen wir auf die Menschen zu, offen, selbstbewußt, fern jeder Arroganz. Verstärken wir bei unseren Mittelständlern draußen Mut, Kreativität, schöpferische Kraft. Wir haben 40 000 Mitglieder nach der großen Aufbauarbeit unter Gerhard Zeitel. Warum sollen es nicht mal 140 000 werden? Das Potential ist da, strengen wir uns an in einfacher Sprache, dann wird die Union auch wieder siegen, zunächst in Stuttgart, dann in Berlin und in Bonn.

Bundesrepublik Nr. 1 im Maschinenbau

Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte Maschinenlieferant der Welt. Sie hatte 1986 einen Anteil von 23 Prozent an der Maschinenausfuhr der westlichen Industrieländer und lag damit vor den USA (19 Prozent) und Japan (18 Prozent). Das heißt, nahezu jede vierte Maschine, die auf dem Weltmarkt verkauft wurde, stammt aus bundesdeutscher Fabrikation, erklärte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. In zahlreichen bedeutenden Maschinenbausparten hat die deutsche Wirtschaft die Nase vorn, liefert also mehr als jedes andere Maschinen exportierende Land. Der Maschinenbau ist eine der tragenden Säulen unserer Exportwirtschaft.

Erklärung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung

Der Vorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU hat unter Vorsitz von Herbert Hupka eine Vierpunkteerklärung beschlossen:

1. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung fordert die Bundesregierung auf, die sich zum nationalen Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes bekennende Erklärung des Bundeskanzlers während des Aufenthaltes von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland sowohl im Inneren als auch im Ausland möglichst weit zu verbreiten, um den Standpunkt der Bundesregierung zur gewaltsamen Teilung unseres Vaterlandes und die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk gegenüber jedermann deutlich zu machen.

2. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung weist auf das schärfste die Bereitschaft einer demokratischen Partei wie der SPD zur „Kooperation“ und „Partnerschaft“ mit der SED, der kommunistischen Staatspartei in Mitteldeutschland, zurück und sieht in dem von der SPD der Öffentlichkeit vorgelegten Papier, das auch die Unterschrift der SED trägt, die Preisgabe unserer freiheitlich-rechtlichen Position und eine ebenso gefährliche wie unverantwortliche Anbiederung von Demokraten an die Kommunisten.

3. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung erinnert an die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, überall in der Welt für die Menschenrechte einzutreten, aber zuerst für die Deutschen unter kommunistischer Herrschaft verweigerten Menschenrechte. Nahezu vier Millionen Deutsche jenseits von Oder

und Neiße und in den deutschen Siedlungsgebieten leben in Unfreiheit. 600 000 Deutsche warten seit Jahren, vielfach seit Jahrzehnten auf die Erlaubnis zur Ausreise.

4. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung erwartet, daß alles zur schnellen Eingliederung der Aussiedler getan wird, wozu unbedingt die Erweiterung der Sprachförderung von acht auf zwölf Monate gehören muß, zumal immer mehr Deutsche mit immer weniger Kenntnissen der deutschen Muttersprache zu uns kommen, woran die gewaltsame, jahrzehntelange Entnationalisierungspolitik insbesondere durch die Volksrepublik Polen schuld ist.

Aufklärungsoffensive der CDU

Die deutschen Gewerkschaften streiten um die Position zur Steuerreform. Die CDU-Sozialausschüsse wollen der vom Deutschen Gewerkschaftsbund angekündigten Kampagne gegen die Bonner Steuerreformpläne mit eigenen Aktionen entgegenwirken. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller sprach in einem Interview der „Kölnerischen/Bonner Rundschau“ von einer „Aufklärungsoffensive“, die notwendig sei, weil der DGB in dieser Sache wider besseres Wissen das Geschäft der Opposition betreibe. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft müsse jetzt „frühmorgens vor den Fabriktoren erscheinen und der Kampagne des DGB entgegentreten und die Verunsicherung der Arbeitnehmer beenden“, sagte der CDU-Politiker.

Gegen eine Wehrpflicht für Frauen

Die Frauenvereinigung lehnt den Beschuß des FDP-Parteitages entschieden ab, nach dem Frauen ein freiwilliger, gleichberechtigter Dienst in der Bundeswehr, auch an der Waffe, ermöglicht werden soll, erklärte die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Bundesministerin Rita Süssmuth, MdB, nach einer Sitzung des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung.

Eine entsprechende Änderung von Art. 12 GG wird es mit der CDU nicht geben. Nach wie vor leistet die Mehrheit der Frauen den Großteil der Arbeit in der Familie, in der Pflege und im sozialen Bereich. Sie erbringen damit einen unverzichtbaren Dienst für die Gesellschaft. Die zusätzliche Belastung mit Verteidigungsaufgaben schafft nicht mehr Gleichberechtigung, weil sie den Frauen lediglich zusätzliche Pflichten aufbürdet, ohne ihre Benachteiligung in anderen Bereichen auszugleichen. Die Frauenvereinigung spricht sich deshalb entschieden gegen eine Wehrpflicht für Frauen aus.

Auch der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr kann nicht ohne Vorbehalt akzeptiert werden. Zwar erwarten sich manche Frauen davon zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, vor allem in den gewerblich-technischen Laufbahnbereichen. Viele Frauen der mittleren und älteren Generation dagegen lehnen eine Öffnung der Bundeswehr für Frauen grundsätzlich ab. Vielen von ihnen sind die schrecklichen Verwicklungen von Frauen in die Kampfhandlungen des 2. Weltkrieges noch gegenwärtig. Wir respektieren ihre moralische und politische Haltung, die durch diese persönlichen Erfahrungen geprägt ist.

Die Frauenvereinigung weist mit Entschiedenheit die Erwartung zurück, die Öffnung der Bundeswehr könne unter den gegenwärtigen Bedingungen ein ernstzunehmender Beitrag zur Gleichberechtigung sein. Solange der Dienst von Frauen auf die unteren Dienstränge beschränkt sein soll, solange Frauen wegen Fehlzeiten infolge von Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung benachteiligt werden, solange kann von Gleichberechtigung durch Dienst in der Bundeswehr keine Rede sein.

Schon heute beschäftigt die Bundeswehr auf dem zivilen Sektor fast 30 Prozent Frauen, ca. 140 weibliche Sanitätsoffiziere dienen seit 1975 aufgrund der Sonderregelung des § 1 Abs 3 im Soldatengesetz, ohne daß sie ihren männlichen Offizierskollegen gleichgestellt wären, die schon während ihrer Ausbildung und ihres Studiums in die Bundeswehr eintreten können und dort bereits besoldet werden. Da die Bundeswehr bisher auch keineswegs bereit ist, die familiären Bindungen ihrer männlichen Soldaten zu berücksichtigen, besteht wenig Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit ein akzeptabler Frauenarbeitsplatz werden könnte.

Solange also in der Bundeswehr nicht für eine wirkliche Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der weiblichen Soldaten gesorgt ist, z.B. durch Einführung von Frauenförderplänen, durch Regelungen in der Soldatenversorgung und der Dienstzeitverordnung, die den Bedürfnissen von Frauen angepaßt sind usw., solange sieht die Frauenvereinigung keinen Grund für eine Forderung nach Öffnung der Bundeswehr für Frauen.

AIDS geht alle an

AIDS ist nicht bloß ein Thema für Randgruppen, AIDS geht alle an auch und vor allem die Generation der Heranwachsenden. Das bedeutet, daß die Schule als Institution und die Lehrer als Personen die Schüler mit ihren Fragen nicht allein lassen dürfen, erklärte auf einer Tagung der Schüler-Union in Bonn zum Thema „AIDS“ die stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bürgermeisterin und Senatorin für Schulwesen, Berufsausbildung und Sport in Berlin, Hanna-Renate Lauren.

Wir in Berlin folgen auch im Bereich der Schule der Maxime, daß es gilt aufzuklären, damit niemand in Angst untergeht, aber auch nicht zu leichtsinnig ist und nicht nur Praktiken, sondern auch Haltungen vermittelt werden.

Wir wollen weder Hysterie verbreiten oder verstärken noch einer Bagatellisierung des Problems das Wort reden. Wir bedauern, daß dieser Weg der Vernunft nicht von allen geteilt wird. Wir wissen heute, daß eine sehr enge Beziehung zwischen dem Mangel an Wissen über die Infektionsrisiken und -wege und den Forderungen nach drastischen staatlichen Maßnahmen gegen Infizierte und Gefährdete besteht. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der Schule, solides Wissen über das Infektionsgeschehen und über die Möglichkeiten, sich selbst zu schützen, zu vermitteln. Das schließt die Verantwortung für den Nächsten und das Verständnis für Betroffene mit ein.

In Berlin haben wir ein umfangreiches Programm zur Intensivierung der AIDS-Prävention in den Schulen begonnen. Wir konnten dabei auf ein großes Engagement der Berliner Lehrerschaft rechnen, die zum Teil schon seit mehr als einem

Jahr an unseren Fortbildungsmaßnahmen teilnimmt und entsprechende Initiativen zur Unterrichtsgestaltung entwickelt hat. Nun werden nicht nur die Materialien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Unterricht verwendet, sondern auch eigene von der Berliner Gesundheitsverwaltung entwickelte. Ferner ist ein Fortbildungsprogramm angelaufen, das dafür sorgt, daß sich ein bis zwei Lehrer in jeder Berliner Oberschule auf das Thema AIDS spezialisieren können. Schon jetzt ist erreicht, daß an fast allen Oberschulen Berlins eine Gesamtkonferenz zum Thema AIDS und AIDS-Vorbeugung durchgeführt wurde — zum großen Teil unter Beteiligung außerschulischer Experten.

Schließlich haben wir — gemeinsam mit dem Senator für Gesundheit und Soziales — zur Intensivierung und Anregung der schulischen Aufklärung 67 ABM-Kräfte (52 Ärzte und 15 Biologie-Lehrer) ausbilden lassen, damit sie in den Unterricht, in Elternversammlungen und in andere schulische Veranstaltungen hineingeholt werden können. Schon jetzt bekomme ich sehr viele positive Rückmeldungen aus den Schulen: Die neuen Mitarbeiter können mit ihrem fundierten Wissen viel gegen Hysterie und Angst tun.

Wir wissen, daß die AIDS-Prävention nicht mit dem Verteilen von Kondomen zu erledigen ist und daß Schule nicht die Eltern ersetzt. Auch sie sind ins Gespräch gerufen! Ein freies Wort zur rechten Zeit ist erzieherische Hilfe.

Zwangsmäßig gegen Risikogruppen helfen niemandem. Zwanghaftes Aussparen der Realitäten der HIV-Übertragung aus dem Unterricht hilft ebenfalls nicht. Wir brauchen heute Mut und Verantwortungsbereitschaft, um Gesundheit auch für morgen zu sichern.

Abrüstung

auch ein Erfolg von CDU und Helmut Kohl

Endlich ist es soweit! Am 18. September 1987 haben sich in Washington die USA und die Sowjetunion geeinigt: Weltweit werden alle amerikanischen und sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen mittlerer und kürzerer Reichweite abgerüstet. Verschrottung von Atomwaffen – das ist ein historischer Schritt!

An diesem bevorstehenden welt-historischen Abkommen zwischen den USA und der UdSSR haben die CDU und die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl einen entscheidenden Anteil. Mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, der Zustimmung zur Null-Lösung und dem Verzicht auf die deutschen Pershing-Ia-Raketen hat die

Regierung Helmut Kohl die wesentlichen Voraussetzungen auf dem Weg zur wirklichen Abrüstung geschaffen. Diese konsequente Politik zahlt sich heute aus.

Jetzt wird das Ziel der CDU verwirklicht: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb geben wir uns auch mit diesem ersten ermutigenden Schritt nicht zufrieden.

Jetzt gilt es, auch die sowjetischen Kurzstreckenraketen wegzubekommen, die östliche Überlegenheit bei Panzern abzubauen und ein weltweites Verbot chemischer Waffen zu erreichen. Die CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl halten weiter klaren Kurs:

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Angebot

Die Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Arbeitsbesuches von Honecker gibt es jetzt auch als Broschüre. Diese Rede hat grundsätzliche Bedeutung für die Fragen nach der Einheit der Nation und dem Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. Sie sollte eine möglichst weite Verbreitung finden.

Die Broschüre ist zu den üblichen Bedingungen über das

**IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28, 4804 Versmold**

zu beziehen.

Rede Helmut Kohls zum Besuch Erich Honeckers

„Die Einheit der Nation bewahren – mehr Miteinander und Freiheit schaffen“

Bestell-Nr.: 3002

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 19,— DM
zzgl. MwSt.

Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Erich Honecker am 7. September 1987 in Bonn-Bad Godesberg



Die Einheit der Nation bewahren - mehr Miteinander und Freiheit schaffen

CDU

Die Zukunft

UiD

29/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.